

**(Abg. Marx)**

Wie schon im letzten Jahr an dieser Stelle ausgeführt, als wir diesen gemeinsamen Antrag der Koalition hier eingebracht haben, Europapolitik ist kein Politikerreisebüro für rüstige Rentner, sondern mittlerweile ein internationales Meinungs austauschunternehmen. Wir haben eine Evaluierung vereinbart. Wir sehen in der Vereinbarung vor, nach zwei Jahren zu schauen, was haben wir erreicht und diese Evaluierung wird dann mit Sicherheit auch zum Schwerpunkt haben, wie und ob wir uns im europäischen Meinungskonzert artikulieren konnten und ob und wie wir überhaupt wahrnehmbar geworden sein werden.

Das von mir bei der Verabschiedung des Arbeitsauftrags im letzten Jahr genannte Internetportal [www.ipex.eu](http://www.ipex.eu) wird leider nach wie vor nur von den nationalen und nicht den regionalen Parlamenten zum Austausch über EU-Vorlagen genutzt. Auch das ist wichtig, wir kommunizieren ja nicht nur mit der Landesregierung, sondern wir könnten damit anfangen - ich fände das reizvoll -, mit anderen regionalen Parlamenten den Austausch zu suchen. Aufgrund der engen Zeitschiene, die uns für eine Subsidiaritätsrüge letztendlich nur zur Verfügung steht, das sind nur diese acht Wochen, wäre es zu wünschen, dass die Regionalparlamente hier oder in einer ähnlichen, vielleicht noch zu schaffende Seite, eingebunden werden können. Bisher werden dort Stellungnahmen von nationalen Parlamenten zu EU-Vorlagen eingestellt, ein besonderer Schwerpunkt liegt auf Subsidiaritätskontrolle. Es ist immer spannend, mal zu lesen, was sich andere Länder überlegt haben.

Die Voraussetzungen zu einer aktiven Beteiligung an der europäischen Gesetzgebung und einer aktiven Selbstbestimmung, ich lege noch mal Wert darauf, haben wir uns jetzt geschaffen. Die Möglichkeiten zu nutzen, liegt allerdings jetzt an uns allen. Auch ich möchte nicht versäumen, mich am Ende bei allen Mitarbeitern und Kollegen, auch der Staatskanzlei mit den beiden beteiligten Ministern Dr. Schöning und jetzt Frau Walsmann, dem Justizminister und der Landtagsverwaltung für die ganz intensive Vorarbeit zu dieser Vereinbarung zu bedanken. Ich freue mich schon sehr auf die damit verbundene neue und interessante Herausforderung.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Diezel:**

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Marx. Als Nächster spricht der Abgeordnete Carsten Meyer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man heute über Europa spricht, stellt man fest, überzeugte Europäer überzeugen derzeit nicht oder nicht mehr. Europa ist in meinen Augen, so wie ich das wahrnehme, als notwendiges Übel in der Öffentlichkeit präsent, aber nicht als positive Vision und schon gar nicht als Beispiel. Ein kurzer Blick über den Tellerrand sogar der Europäischen Union hinaus - was wäre das für eine Riesenchance beispielsweise für den Demokratisierungsprozess in Nordafrika, wenn man dort heute sagen würde, die Europäische Union könnte für uns ein Beispiel sein, wie wir uns hier organisieren, überstaatlich. Das ist noch ein weiter Weg, bis man dahin kommen kann, Europa wieder als Modell für die Welt zu zeigen. Aber, das haben heute alle meine Vorrednerinnen und Vorredner hier schon gesagt, das, was wir heute hier tun, ist wenigstens ein kleines Bausteinchen auf dem Weg dahin, Europa zu einer Vision zu machen.

**(Abg. Meyer)**

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei den Europaparlamentariern in Brüssel, die wir letztes Jahr besucht haben, war geradezu Euphorie darüber zu spüren, dass sie endlich das ganz dicke Brett durchgebohrt hatten und nach dem Vertrag von Lissabon jetzt etwas zu tun bekamen, was auch mit Verantwortung zu tun hatte und nicht nur mit Reden. Dieses alte Vorurteil, dass das EU-Parlament in Brüssel nichts weiter sei als eine Schwatzbude, hat ja nun Gott sei Dank keinen Nährboden mehr. In Brüssel werden jetzt wirklich Entscheidungen getroffen und das ist ja auch der eigentliche Grund dafür, warum wir uns heute hier darüber unterhalten dürfen, dass wir im Zuge des Subsidiaritätsprinzips auch dort mitbestimmen. Das ist meiner Ansicht nach eine sehr positive Entwicklung.

(Beifall DIE LINKE)

Unser kleiner Freistaat kann also mitmachen und ich möchte als einer der letzten Redner hier eine Tugend versuchen, nicht allzu lang zu werden, weil das bei Europa auch so ein Nachteil ist, Europa redet immer sehr lange und sehr viel. Aber ich will Ihnen vor allen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, aus den Fachausschüssen, aus dem Beschluss, der heute zur Abstimmung steht, drei Passagen noch einmal zitieren, wenn Sie so möchten, ins Stammbuch schreiben, weil das - das hat Frau Kollegin Marx auch schon gerade gesagt - eigentlich das zentrale Thema ist, die Frage der Beteiligung des Landtags am Subsidiaritätsfrühwarnsystem. Wir werden uns heute hier mit dieser Vorlage u.a. folgende Verpflichtung geben und ich zitiere jetzt aus dem Beschluss 2.1: „Die Landesregierung leitet dem Landtag frühestmöglich alle von der Kommission im Rahmen des Subsidiaritätsfrühwarnsystems an den Bundesrat übermittelten Dokumente in elektronischer Form zu. ... Zudem stellt die Landesregierung alle zu einem Vorhaben gehörenden Dokumente und Informationen bereit.“ Das sollten wir einfordern, und zwar in den Fachausschüssen, nicht nur im Europausschuss.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Zweiten im Absatz 3: „Die Landesregierung berücksichtigt Stellungnahmen des Landtags bei ihrer Willensbildung. In Fällen, in denen durch eine Gesetzgebungsinitiative der Europäischen Union Gesetzgebungsbefugnisse des Landes berührt werden, wird die Landesregierung nicht entgegen dem Parlamentsvotum entscheiden.“ Das ist das zentrale Thema dieses Antrags. Ich kann nur meinen Vorrednerinnen und Vorrednern zustimmen, das ist auch sehr gut so. Da können wir in Thüringen heute ein Beispiel geben für ganz Deutschland. Das ist ein sehr positives Zeichen für Europa.

Last, but not least, ich zitiere den Absatz 4 zum Teil: „Hat der Landtag eine Stellungnahme abgegeben, informiert ihn die Landesregierung über ihr Stimmverhalten im Bundesrat. Sie informiert den Landtag nach Möglichkeit bereits im Vorfeld der Bundesratssitzung über ein beabsichtigtes abweichendes Stimmverhalten.“ Mehr kann man zurzeit, glaube ich, mit dem Gesetzesrahmen nicht erreichen.

Zum Abschluss: Auch ich möchte mich bei der Landtagsverwaltung für die Vorbereitung dieser Beschlussempfehlung bedanken, bei der Regierung für die Übernahme dieses Entwurfs und diesen weitreichenden Informations- und Berichtspflichten. Ich möchte mich bei meinen Kolleginnen und

**(Abg. Meyer)**

Kollegen aus dem Ausschuss bedanken für die Bereitschaft zur Mehrarbeit, denn das ist das, was wir heute tun. Und ich möchte mich bei Herrn Bergemann dafür bedanken, dass er die Haltung in der CDU-Fraktion so positiv beeinflusst hat, wie er es gerade geschildert hat. Das meine ich ganz im Ernst.

(Beifall CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe die Hoffnung, dass dieses Beispiel überfraktioneller Arbeit aus dem Europäischen Parlament heraus häufiger nach Thüringen ausstrahlt. Übrigens gerade auch das macht Brüssel zu einem Beispiel für uns, dass dort nicht mehr nach politischen Prioritäten abgestimmt wird, sondern häufiger aus ganz anderen Kriterien heraus und nicht immer zum Schlechteren. Auch der Zwang dort zum Kompromiss ist möglicherweise etwas, was wir uns dort anschauen können. Jedenfalls, last, but not least, freue ich mich auf die erste Subsidiaritätsinitiative aus dem Thüringer Landtag nach Brüssel, die hoffentlich auch Erfolg hat. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Diezel:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Meyer. Gibt es seitens der Abgeordneten noch Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Für die Landesregierung hat sich zu Wort gemeldet die Frau Ministerin Walsmann. Bitte schön.

**Walsmann, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefin der Staatskanzlei:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, ein guter Tag für Thüringen. Im Jahr 2007, 50 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge, wurde unter deutscher Ratspräsidentschaft eine Einigung über den heute als „Vertrag von Lissabon“ bekannten Reformvertrag erzielt. Damals hatten alle Beteiligten die begründete Hoffnung, dass Europa nun in ruhigeres Fahrwasser steuern würde, denn der zurückliegende Integrationsprozess war rasant verlaufen. In den vergangenen 20 Jahren seit der Wiedervereinigung des Freistaats Thüringen haben wir erlebt, dass die Grenzkontrollen in Europa fielen, dass 12 neue Staaten vor allem aus Mittel- und Osteuropa Mitglied der Europäischen Union wurden und dass die D-Mark durch den Euro abgelöst wurde. Maastricht, Amsterdam, Nizza waren Synonyme für die ständige Fortentwicklung des EU-Vertrags. Die Europäische Union hat allerdings auch nach Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon große Herausforderungen zu bewältigen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise und die daraus folgende Schuldenkrise - ich spreche bewusst nicht von einer Krise des Euro - machen deutlich, dass wir den Integrationsprozess weiterhin aktiv gestalten müssen, sonst droht Europa global ins Hintertreffen zu geraten. Zwar sehen manche in der derzeitigen Schuldenkrise schon ein Scheitern der gemeinsamen Währung, ja der gesamten europäischen Integration.

Meine Damen und Herren, ich bin keine Prophetin, aber ich glaube doch, das Gegenteil ist der Fall. Die gegenwärtige Krise wird einen weiteren Integrationsschub auslösen. Die letzten Monate haben das deutlich gezeigt. Die Europäische Union wird sich strengere, verbindlichere Regelungen für die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, für die Schuldenbegrenzung und den Schuldenabbau geben. Im Euro-Plus-Pakt werden die Mitgliedstaaten jährliche Ziele zur Steige-